Dr. Josef MOSER

Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

Impulsreferat bei der 47. Konferenz der Präsidenten der Europäischen Anwaltsorganisationen am 1. März 2019 „Rechtsstaatlichkeit“

Sehr geehrte Damen und Herren Präsidenten,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke der Europäischen Präsidentenkonferenz, dass sie sich in diesem Jahr mit der Rechtsstaatlichkeit beschäftigt. Gerade die Entwicklungen in Europa zeigen, wie aktuell das Thema Rechtsstaatlichkeit derzeit ist. Wie wichtig mir diese Angelegenheit ist, zeigt sich vielleicht auch daran, dass ich heute hier bin, obwohl ich bis vor wenigen Stunden noch mit der albanischen Justizministerin am Opernball war.

Ich möchte Sie alle ganz herzlich bei dieser hochkarätig besetzten traditionellen Veranstaltung im unvergleichlichen Festsaal des Palais Ferstel begrüßen und mich für die Gelegenheit bedanken, heute hier sprechen zu können.

Ich habe im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im vergangenen Halbjahr – neben vielen anderen Fachdossiers, die vorgesehen waren, das Thema „Rechtsstaatlichkeit“ zu einem Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft im Justizbereich gemacht.

Obwohl Fragen der Rechtsstaatlichkeit grundsätzlich nicht bei den Justizministern, sondern federführend im Außenministerrat diskutiert werden, habe ich - beginnend mit dem informellen Justizministertreffen im Juli 2018 in Innsbruck - das Thema „Rechtsstaatlichkeit“ bei allen Justizministerräten und weiteren Gremien sowie bei zahlreichen Veranstaltungen zum wesentlichen Inhalt gemacht. Als Ergebnis dieser Bemühungen ist es uns schlussendlich gelungen, beim letzten Justizministerrat im Dezember 2018 gemeinsame Schlussfolgerungen mit dem Ziel der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit anzunehmen. Außerdem haben wir zu diesem Anlass über mögliche Verbesserungen der Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert.

Die Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler für eine funktionierende Demokratie und ein zentraler Wert, auf die sich die Europäische Union gründet.

Wer Europa sagt, der meint Rechtsstaat!

Dies kommt in Art 2 EUV und in Absatz 2 der Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union stark zum Ausdruck. Ohne die Einhaltung der gemeinsamen Werte iS des Art 2 EUV kann es kein echtes Vertrauen in die anderen Rechtsordnungen geben.

Dieses Vertrauen ist für das Funktionieren der schon lange geforderten umfassenden Anerkennung von Gerichtsentscheidungen aber unerlässlich: Die wechselseitige Anerkennung ist ein effizientes Mittel, um die Privatrechte der Bürger über die Grenzen hinweg zu schützen, durchzusetzen und um die strafrechtliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu stärken und zu beschleunigen.

Leider gab es in den letzten Jahren Entwicklungen, durch die das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Europäischen Union gelitten hat.

Vor wenigen Jahren haben wir alle mit großer Sorge in die Türkei geblickt, nachdem dort im Juli 2016 ein Putsch fehlgeschlagen war und in der Folge grundlegende rechtsstaatliche Garantien nachhaltig außer Kraft gesetzt wurden. Parallel dazu gab und gibt es Entwicklungen in Polen, in Ungarn und zuletzt auch in Rumänien, die von uns verlangen, dass wir uns intensiv Gedanken darüber machen, wie wir einem drohenden Abbau der Rechtsstaatlichkeit in manchen Staaten Europas effizient entgegenwirken können. Auch die jüngsten Diskussionen in Österreich über die Frage des Primats der Politik vor dem Recht haben die Rechtsstaatlichkeitsdiskussion in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt.

Diese Diskussion gibt uns aber auch die Chance, wiederzuentdecken was lange für selbstverständlich und unumstößlich angesehen wurde – nämlich wie wichtig der Rechtsstaat und sein Funktionieren für uns alle ist - und hier wollen wir auch einen produktiven Dialog führen.

Dabei hat auch die europäische Union eine ganz wichtige Funktion. Ich möchte hier nur kurz auf das viel zitierte Art 7 EUV Sanktionsverfahrens eingehen, das zwar

eine starke politische Signalwirkung hat, aber aufgrund seiner Mehrheitserfordernisse im Rat zumindest derzeit nicht dazu führen wird, besonders vorzeigbare Ergebnisse zu erzielen. Wohl in diesem Bewusstsein haben sowohl die Europäische Kommission als auch der Rat ergänzende Mechanismen ins Leben gerufen, die den Dialog mit problematisch erscheinenden „Reformstaaten“ erleichtern und intensivieren sollen. Ich nenne hier nur die Stichworte „Frühwarnmechanismus“ und „Rechtsstaatlichkeitsdialog“. Daneben bestehen derzeit im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU Bemühungen, die Gewährung von Finanzmitteln künftig an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards zu koppeln. Es soll hier also der Finanzhaushalt der EU indirekt zu einer demokratischeren Union beitragen.

Mit Blick auf all das stellt sich die Frage, welchen Beitrag gerade die Justiz auf europäischer Ebene zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit leisten kann.

Die Justiz als 3. Staatsgewalt ist ein zentraler Faktor, wenn es darum geht, Menschenrechte zu sichern. Außerdem steht außer Streit, dass sie nur dann ihre Aufgaben erfüllen und den an sie gestellten Erwartungen gerecht werden kann, wenn ihr Handeln auf Vertrauen stößt. Innerhalb der EU ist das gegenseitige Vertrauen die Grundlage für die Instrumente der gegenseitigen Anerkennung, auf der der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts fußt.

Im Bereich der Zusammenarbeit in Strafsachen hat die Europäische Union verschiedene Instrumente auf der Grundlage des Prinzips wechselseitiger Anerkennung verabschiedet, wobei sich dieses Prinzip dem Bereich des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs ableitet.

Sie alle kennen die Instrumente, denn sie spielen in unserem täglichen Leben eine wichtige Rolle. Ich möchte hier nur einige nennen, nämlich

- den Europäischen Haftbefehl,
- die Europäische Ermittlungsanordnung und
- die Europäische Schutzanordnung.

Diese Instrumente haben zu einer grundlegenden Veränderung der justiziellen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten geführt. Die Zusammenarbeit der Justizbehörden wurde dadurch deutlich erleichtert und beschleunigt, was auch zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer und der Dauer der Untersuchungshaft führte

und das System wird noch weiter ausgebaut werden, z.B. durch neue Instrumente zur Erlangung von elektronischen Beweismitteln (e-evidence) oder zur Beschleunigung von Verfahren bei Kindesentführungen zu Brüssel IIa.

Dieses so erfolgreiche System scheint aber derzeit gefährdet. So haben jüngste Entscheidungen des EuGH und des EGMR auf das Risiko unmenschlicher und erniedrigender Behandlung von Personen durch unzureichende Haftbedingungen hingewiesen. Diese unzureichenden Haftbedingungen machen die Vollstreckung von Europäischen Haftbefehlen in vielen Fällen schwieriger, in einigen Fällen sogar unmöglich.

Die Justizreformen in einigen Mitgliedstaaten wurden als Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit kritisiert: In einem irischen Vorabentscheidungsverfahren stellte der EuGH klar, dass im Fall in einem dringend von systematischen oder allgemeinen Mängeln in Hinblick auf die Unabhängigkeit der Justiz eine begründete Gefahr der Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren besteht und eine Überstellung auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls nicht mehr möglich ist.

Diese Bestandsaufnahme auf EU-Ebene zeigt, dass wir alle gemeinsam gefordert sind – nicht nur die Justiz als solche, sondern auch ihre Partner, wie Rechtsanwälte oder Notare. Ich möchte mich an dieser Stelle auch dafür bedanken, dass wir von der Rechtsanwaltskammer immer wieder Unterstützung bei den Initiativen zur Rechtsstaatlichkeit erhalten haben. Wir müssen Europa in punkto Rechtsstaatlichkeit gemeinsam voranbringen!

Unsere Initiative darf sich jedoch nicht allein auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschränken. Wir müssen darüber hinausgehen! Aus diesem Grund habe ich auch während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans und der Östlichen Partnerschaft forciert.

Bei der Westbalkankonferenz im Oktober in Albanien wurde die Stärkung der Effizienz der Justizsysteme diskutiert. Dabei habe ich den Fokus auf die Einhaltung und Förderung von rechtsstaatlichen Standards gelegt. Außerdem haben wir mögliche Wege diskutiert, wie Justizreformfortschritte gemessen werden können.

Es freut mich, dass die Konferenz gezeigt hat, dass sich alle Staaten des Westlichen Balkans intensiv darum bemühen, ihre Justizsysteme zu reformieren und

sich so der EU annähern. Nur auf diesem Wege können wir die Unabhängigkeit der Justiz festigen, ihre Transparenz erhöhen und ihre Reputation stärken.

Auch mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft [*Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine, Weißrussland*] konnte ich einen Gedankenaustausch über ihre jüngsten Reformen und Erfolge z.B. bei der Korruptionsbekämpfung initiieren.

Auch hier haben sich alle einbezogenen Länder dafür ausgesprochen, Justizreformen in Angriff zu nehmen, die die Weiterentwicklung rechtsstaatlicher Standards unter Achtung der Grundrechte betrifft.

Schließlich möchte ich noch eine Expertenkonferenz über die Wirksamkeit von Justizsystemen und die Rolle einer effektiven und effizienten Justiz erwähnen, die im Herbst in Wien stattgefunden hat. An dieser teilgenommen haben sämtliche EU-Mitgliedstaaten, so wie auch die Länder des Westbalkans und der östlichen Partnerschaft, die Europäische Kommission (Kommissarin Jourová) und der Präsident des Europäischen Gerichtshofs. Diese Konferenz fand unter dem Motto Rechtsstaatlichkeit statt. Diskutiert wurde über die Wirksamkeit von Justizsystemen und die Rolle einer effektiven und effizienten Justiz als Grundvoraussetzung für das Vertrauen in die Justiz der Staaten Europas. Außerdem hat ein reger Austausch über Risiken und Chancen der Digitalisierung in der Justiz stattgefunden. Auch hier haben sich alle Teilnehmer zur Rechtsstaatlichkeit bekannt.

Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass sich alle Mitglieder der Vereinten Nationen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der SDGs der Vereinten Nationen – und hier insbesondere Ziel 16 – Zugang zur Justiz - bekannt haben. Insbesondere mit dem Ziel 16, das ein Postulat der Förderung des Zugangs aller Menschen zur Justiz enthält, haben sie sich dabei für die Fortentwicklung der Rechtsstaatlichkeit ausgesprochen und ihre Umsetzung zugesagt.

Unser aller Aufgabe ist es daher, diesem Bekenntnis Taten folgen zu lassen und alles in unserer Macht Stehende zu unternehmen, damit das Ziel 16 voll erfüllt wird. Dazu sind im Zusammenwirken aller Länder noch viele Schritte erforderlich.

Für meinen Zuständigkeitsbereich kann ich sagen, dass wir in den letzten Jahren mit vielen Justizreformen Verbesserungen vorgenommen haben, die auch der Umsetzung dieses Entwicklungszieles gedient haben. Dennoch werde ich mich nicht auf Erreichtem ausruhen, sondern diese Reform fortsetzen. Es ist unsere Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch ihren Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertretern und damit Ihnen allen den Zugang zum Recht zu erleichtern. Ich werde das Thema daher auch beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im Juli dieses Jahres aktiv weiterbetreiben und versuchen, auf Sicherheit und Rechtsfrieden hinzuwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind alle gefordert und haben gemeinsam die Verantwortung dafür zu tragen, dass rechtsstaatliche Standards abgesichert und weiterentwickelt werden, um bestmöglich die Doppelfunktion des Rechtsstaats zu gewährleisten: Er muss nämlich ein Garant für die Freiheit und zugleich die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sein. Bei all dem Gesagten muss uns die Bedeutung der Grundrechte bewusst sein - nämlich, dass die in der EMRK vereinbarten Prinzipien nicht angetastet werden dürfen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!